**Was ist Zivilgesellschaft?[[1]](#footnote-2)**

**Arbeitsaufgaben**

1. Recherchieren Sie zivilgesellschaftliche Akteure in Ihrem Umfeld und sortieren Sie diese je nach Arbeitsfeld. Machen Sie ggf. Überschneidungen von Arbeitsfeldern und/oder kontroverse Interessen deutlich.
2. Arbeiten Sie die Bedeutung der Zivilgesellschaft im Kontext staatlicher Institutionen heraus.
3. Bewerten Sie die Rolle der Kirche(n) und anderer religiöser Organisationen und Institutionen in der Zivilgesellschaft.

Zivilgesellschaft ist der Bereich in der Gesellschaft, der sich vom staatlichen und wirtschaftlichen Sektor sowie von der Privatsphäre abgrenzt. Er ist der Ort des kollektiven öffentlichen Handelns. Zu den zivilgesellschaftlichen Akteuren zahlen Vereine, Verbände und weitere Formen von Initiativen, Organisationen und sozialen Bewegungen. Sie bilden die Summe des öffentlichen Engagements der Menschen eines Landes oder darüber hinaus.

Dieses Engagement beruht auf Selbstorganisation. Dazu gehören alle Aktivitäten, die gemeinnützig und nicht profitorientiert sind. Zivilgesellschaftliche Akteure haben viele Rollen: Sie sind Dienstleister und unterstutzen die Versorgung von Benachteiligten, wenn dies der Staat nicht ausreichend tut, beispielsweise in der Wohlfahrtspflege (Diakonie, Caritas unter anderem). Sie setzen sich für den Zusammenhalt in der Gemeinschaft ein und fördern gemeinsame Aktivitäten, wie Sport oder Musik. Sie gestalten unsere Gesellschaft aktiv mit, indem sie die Politik kritisch begleiten oder neue Impulse setzen und auf Missstände in der Gesellschaft aufmerksam machen. Zivilgesellschaft definiert sich auch dadurch, dass sie gesellschaftliche Werte wie Gewaltfreiheit, Menschenwurde, Rechtsstaatlichkeit oder demokratische Partizipation teilt. Voraussetzung für die Aktivitäten von Zivilgesellschaft sind individuelle und kollektive Freiheiten wie die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit. Sie müssen vom Staat eingeräumt werden. Der Staat sollte das Engagement aktiv ermöglichen.

Zivilgesellschaftliche Organisationen bilden das gesamte Spektrum von Meinungen innerhalb einer Gesellschaft ab und können daher auch gegensätzliche Interessen vertreten, was wir im Zuge der Diskussionen um Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie erleben oder auch bei Debatten um Infrastrukturmaßnahmen wie dem Ausbau von Autobahnen oder der Erschließung von Naturräumen für wirtschaftliche Zwecke. Diskussionen und gesellschaftliche Konflikte werden in der Regel im Aktionsraum von Zivilgesellschaft ausgetragen und beeinflussen damit politische Entscheidungen.

In demokratischen Staaten werden Politiker:innen gewählt. Politische Praxis und Gesetze sollten so den Meinungen der Mehrheit der Bevölkerung entsprechen. Die Interaktion zwischen Zivilgesellschaft und Staat erfolgt in einem Rechtsstaat entlang der Gewaltenteilung: über die Gesetze, das Parlament und die unabhängigen Gerichte.

Zivilgesellschaft trägt weltweit die Potenziale für gesellschaftlichen Wandel in sich. Sie macht auf Missstände aufmerksam und setzt neue Impulse. Häufig ermöglicht sie mehr Beteiligung an gesellschaftlichen Prozessen und hinterfragt aktuelle Entwicklungen. Man spricht auch von „Demokratisierung der Demokratie“.

Eine zentrale Rolle innerhalb der Zivilgesellschaft spielen soziale Bewegungen. Diese entstehen, wenn Herausforderungen und Probleme von der Politik übersehen, bewusst nicht wahrgenommen oder nicht genug berücksichtigt werden. Nicht selten führen diese Bewegungen zu nachhaltigen Veränderungen auf nationaler und globaler Ebene. So wurde das aktive Wahlrecht für Frauen erstmals weltweit 1893 nach jahrzehntelangem Kampf der Frauenbewegung eingeführt. Unabhängigkeitsbewegungen in Asien, Afrika und Lateinamerika erreichten die Beendigung der Kolonialherrschaft. Reform- und Demokratiebewegungen der osteuropäischen Staaten führten zu einer Neuausrichtung dieser Länder und im Falle Deutschlands zur Wiedervereinigung. Überall auf der Welt gibt es auch heute Reformbewegungen, die von der Zivilgesellschaft initiiert und getragen werden. Manche erringen Erfolge, andere werden von Staaten unterdrückt und mit Gewalt niedergeschlagen.

Auch in Deutschland sind zahlreiche zivilgesellschaftliche Organisationen und soziale Bewegungen aktiv. Die Kampagne *Initiative* *Lieferkettengesetz* wurde im September 2019 mit dem Ziel gestartet, deutsche Unternehmen gesetzlich zur Beachtung von Menschenrechten und Umweltstandards in ihren internationalen Geschäften zu verpflichten. Mehr als 125 Organisationen aus den Bereichen Menschenrechte, Umwelt- und Verbraucherschutz, Gewerkschaften und Kirche haben sich an der Initiative beteiligt. Die Kampagne bewirkte, dass das Gesetz im Sommer 2021 verabschiedet wurde. Es soll ab 1. Januar 2023 in Kraft treten.

1. vgl. Das Thema: Zivilgesellschaft; in: Brot für die Welt - Global lernen Ausgabe 1-2022. Anregungen für die schulische und außerschulische Bildungsarbeit mit Jugendlichen, S.3f. [↑](#footnote-ref-2)